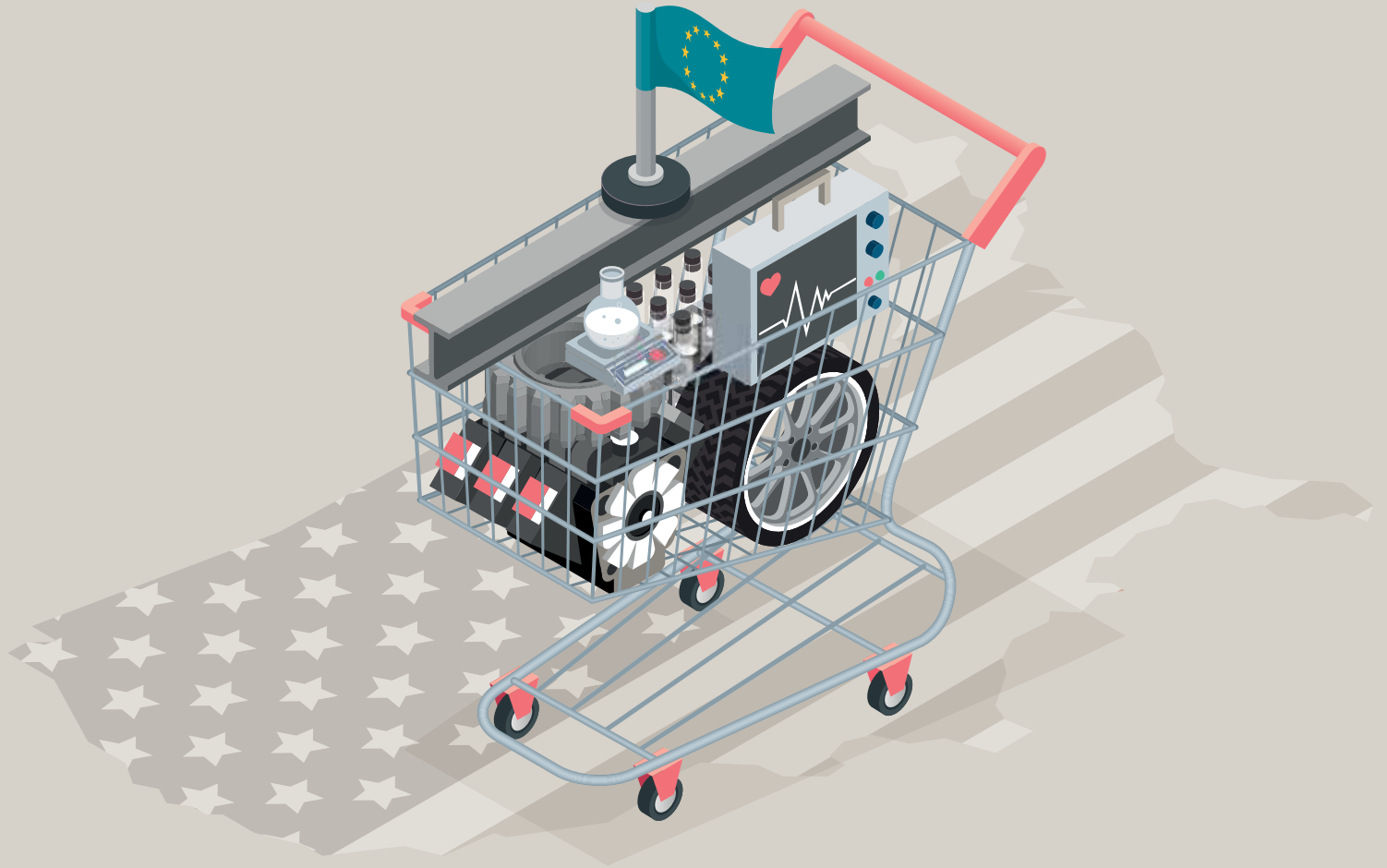


Europäische Druckmittel



Außenhandel. US-Präsident Donald Trump setzt die Europäische Union im nach wie vor schwelenden Zollstreit immer wieder unter Druck und agiert dabei aus der Position des vermeintlich Stärkeren. Eine neue IW-Studie zeigt allerdings, dass die USA bei einer hohen Zahl von Waren in beträchtlichem Maße abhängig von EU-Lieferungen sind. Die EU hat damit in Verhandlungen mit der US-Regierung eine bessere Stellung als bislang gedacht. IW-Außenhandelsexpertin Samina Sultan betont im Interview, dass die EU dennoch ihre Wettbewerbsfähigkeit ausbauen müsse, um in Handelskonflikten mit Drittstaaten souveräner agieren zu können. —> **Seiten 2-6**

INSM-Bildungsmonitor

Die Qualität der Bildungsergebnisse in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. Ein Blick ins Ausland zeigt, wie es besser laufen könnte.

—> **Seiten 8-9**

Automobilbranche

Die Produktionszahlen am Standort Deutschland sinken deutlich. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern hält sich die deutsche Autobranche aber relativ gut.

—> **Seiten 10-11**

Die unterschätzte Macht

Außenhandel. Die USA sind heute deutlich abhängiger von EU-Importen als noch vor wenigen Jahren. Das verschafft der EU im Zollstreit mit Washington eine stärkere Verhandlungsposition, als es oft den Anschein hat.

Im Handelskonflikt zwischen den USA und Europa ist auch nach der politischen Einigung auf einen Zoll-Deal noch einiges unklar. So hat die US-Regierung unter Donald Trump erst kürzlich neue Zölle erhoben und verunsichert damit Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks. Am Verhandlungstisch präsentiert sich der US-Präsident gern als Taktgeber und vermittelt

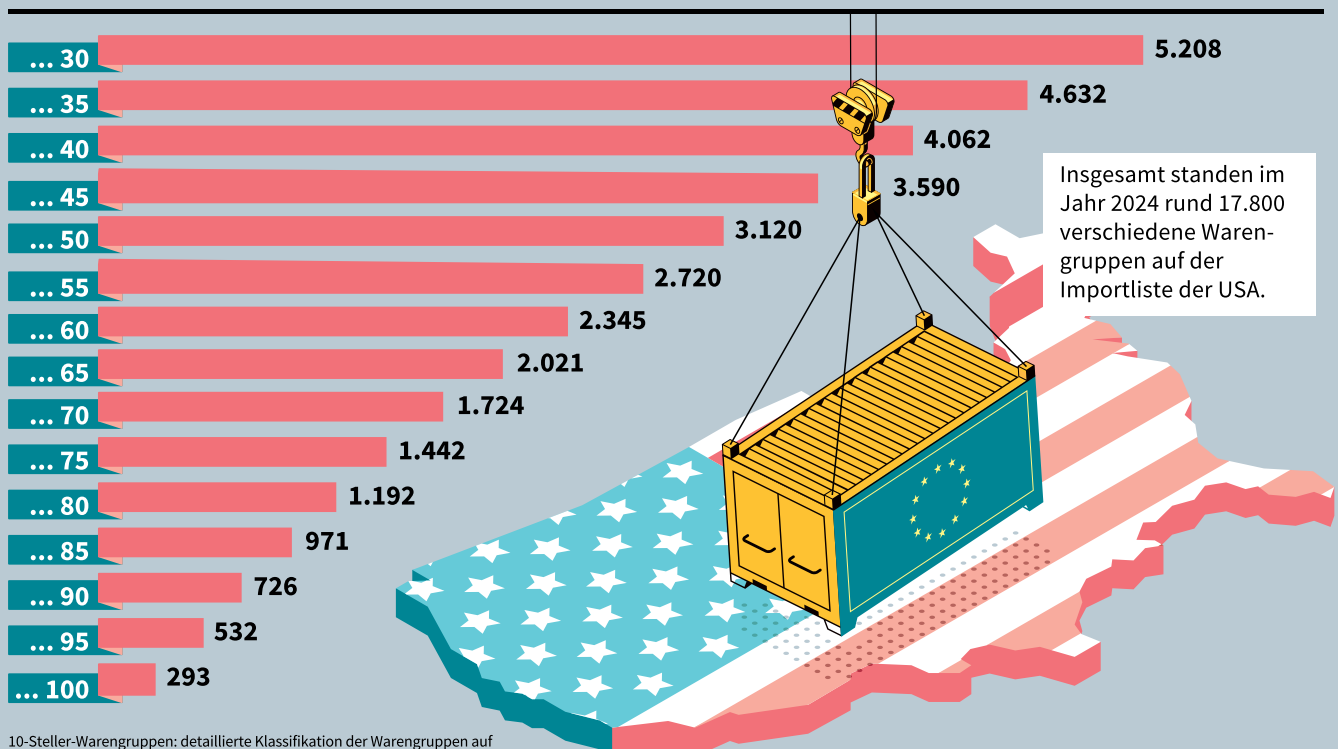
den Eindruck, die Spielregeln im transatlantischen Handel nach Belieben setzen zu können – und dass Europa die USA im gegenseitigen Handel mehr brauche als umgekehrt. Ob das auch der Realität entspricht, haben IW-Wissenschaftler in einer neuen Studie genauer untersucht.

Um die Abhängigkeit der USA von EU-Importen zu messen, sind die

Ökonomen tief in die US-Handelsstatistik eingetaucht. Jede Importware ist dort mit einem zehnstelligen Code erfasst – vom Spezialstahl über Chemikalien bis hin zur Käsesorte. Untersucht wurde, wie hoch der Anteil der EU-Lieferungen am gesamten US-Import einer Ware ausfällt. Je höher dieser Anteil, desto schwieriger dürfte es für die USA sein, sie kurzfristig durch Einfuhren aus ande-

US-Importe hängen stark an EU-Lieferungen

In so vielen 10-Steller-Warengruppen betrug der Anteil der Importe aus der EU an allen Einfuhren der USA im Jahr 2024 mindestens ... Prozent

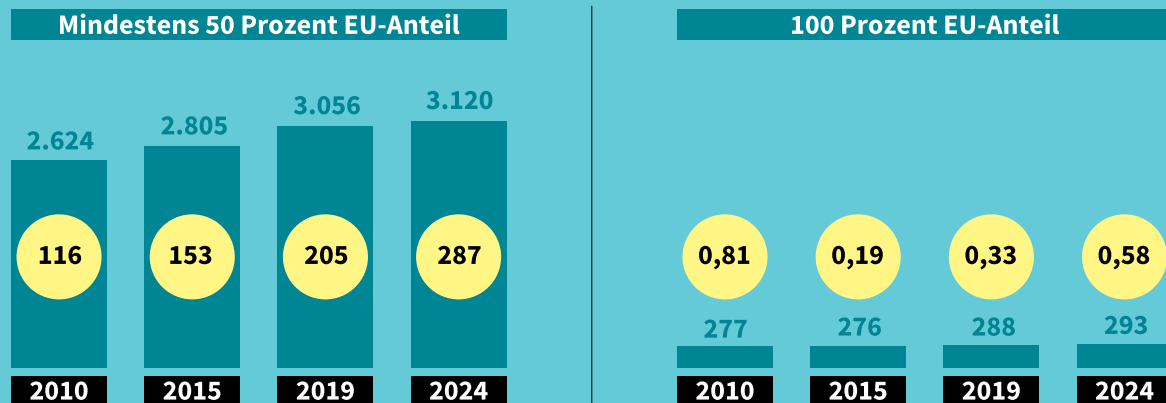


10-Steller-Warengruppen: detaillierte Klassifikation der Warengruppen auf zehnstelliger Ebene gemäß des Harmonisierten Zolltarifschemas der Vereinigten Staaten
Quellen: U.S. Department of Commerce, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

US-Importabhängigkeit von Europa wächst

So viele 10-Steller-Warengruppen bezogen die USA zwischen 2010 und 2024 mindestens zur Hälfte oder gänzlich aus der EU

■ Anzahl der Warengruppen ■ Gesamtwarenwert in Milliarden Dollar



10-Steller-Warengruppen: detaillierte Klassifikation der Warengruppen auf zehnstelliger Ebene gemäß des Harmonisierten Zolltarifschemas der Vereinigten Staaten

Quellen: U.S. Department of Commerce, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

ren Ländern zu ersetzen. Die Ergebnisse überraschen (Grafik Seite 2):

Im Jahr 2024 bezogen die USA von den insgesamt rund 17.800 auf ihrer Importliste befindlichen Warengruppen 5.208 mindestens zu 30 Prozent aus der EU.

Anders gesagt: Für fast drei von zehn aller von den USA eingeführten Warengruppen liegt der Importanteil aus der EU bei 30 Prozent oder mehr.

Selbst bei höheren Schwellenwerten bleibt die Rolle der EU als US-Zulieferer stark: So bezogen die USA im vergangenen Jahr 3.120 Produktgruppen mindestens zur Hälfte aus der EU. Bei 1.442 Warengruppen erreichte der Importanteil aus der EU mindestens 75 Prozent und in knapp 293 Fällen war die EU sogar der einzige Lieferant.

Die große Bedeutung der EU für die US-Wirtschaft ist zudem alles andere als ein vorübergehendes Phänomen – die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von Lieferungen aus der EU ist in den vergangenen Jahren vielmehr noch deutlich gewachsen (Grafik):

Zwischen 2010 und 2024 hat sich die Zahl der Warengruppen mit einem EU-Anteil von mindestens 50 Prozent an den US-Importen um knapp 20 Prozent erhöht, konkret von 2.624 auf 3.120.

Der Wert dieser Importe wuchs sogar noch stärker – von 116 Milliarden Dollar auf 287 Milliarden Dollar. Das ergibt ein Plus von fast 150 Prozent im betrachteten Zeitraum.

Damit entfällt inzwischen fast jeder zweite Dollar, den die USA für Waren aus Europa ausgeben, auf Güter, die sie zu mindestens 50 Prozent aus der EU beziehen.

Auch die Zahl der Warengruppen, bei denen die EU der einzige ausländische Lieferant ist, hat sich seit 2010 von 277 auf 293 erhöht.

Viele dieser Importabhängigkeiten bestehen bereits seit Längerem: **Bei rund 1.300 Warengruppen mit einem Importwert von 132 Milliarden Dollar lag der EU-Anteil in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich über 50 Prozent.**

Damit betrifft diese anhaltende Abhängigkeit fast die Hälfte aller Wa-

ren, die 2024 zu mindestens 50 Prozent aus Europa stammten.

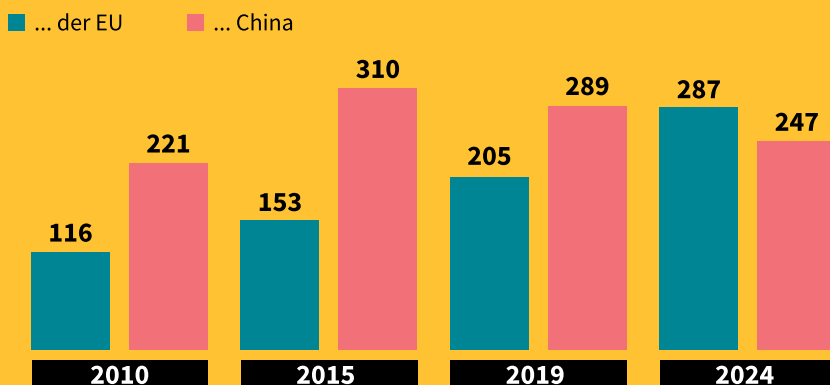
Seit Jahren stark auf EU-Lieferungen angewiesen sind die USA unter anderem bei chemischen Erzeugnissen. Auch viele Maschinen und elektrotechnische Geräte sowie Metalle und Metallwaren importieren die USA schon länger zu mehr als 50 Prozent aus der EU. Hinzu kommen einzelne spezielle Industriegüter wie bestimmte Flugzeugtypen oder Radlader mit bestimmter Motorleistung. Auch hochtechnologische und militär-strategische Waren finden sich auf dieser Liste.

Je länger die EU schon der dominante Lieferant für wichtige Warengruppen in industriellen oder Produktionsketten ist, desto schwieriger dürfte es für die USA sein, diese kurzfristig zu ersetzen, sodass Produktionsdrosselungen nötig werden könnten. Dies gilt umso mehr, als die US-Wirtschaft offenbar – unter anderem aus geopolitischen

Fortsetzung

US-Importabhängigkeit: EU überholt China

Gesamtwert der US-Importe aus ... von 10-Steller-Warengruppen, bei denen der Anteil dieser Länder an den gesamten US-Einfuhren mindestens 50 Prozent betrug, in Milliarden Dollar



10-Steller-Warengruppen: detaillierte Klassifikation der Warengruppen auf zehnstelliger Ebene gemäß des Harmonisierten Zolltarifschemas der Vereinigten Staaten

Quellen: U.S. Department of Commerce, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Gründen – bereits versucht hat, die Abhängigkeit von China zu verringern (Grafik):

Im Jahr 2024 gab es nur noch 2.925 Warengruppen im Wert von 247 Milliarden Dollar, die die USA zu mindestens 50 Prozent aus China bezogen, während es bei den Lieferungen aus der EU 3.120 Produktgruppen mit einem Importwert von 287 Milliarden Dollar waren.

Die USA sind also inzwischen auf der Importseite insgesamt von der EU stärker abhängig als von China. 2010 hingegen hatte China bei Waren mit einem Mindest-Importanteil von 50 Prozent noch klar die Nase vorne: 3.588 Warengruppen im Wert von 221 Milliarden Dollar bezogen die USA damals noch aus der Volksrepublik – gegenüber 2.624 Warengruppen im Wert von 116 Milliarden Dollar aus der EU.

Bis 2015 konnte China diese damals noch bestehende Dominanz gegenüber der EU sogar weiter ausbauen. Doch in den Jahren danach hat Washington die Import-

flüsse aus China Schritt für Schritt eingedämmt.

Insgesamt stieg der Warenwert der US-Importe aus der EU von 2010 bis 2024 um 147 Prozent, der Wert der Einfuhren aus China dagegen nur um 12 Prozent.

In Warengruppen gemessen ist die US-Abhängigkeit von EU-Importen im selben Zeitraum um rund ein Fünftel gestiegen, während Chinas Bedeutung seit 2010 fast im selben Ausmaß gesunken ist.

Da Deutschland die größte Volkswirtschaft Europas und eine der führenden Exportnationen weltweit ist, wäre anzunehmen, dass sich auch in seinen Daten die wachsende Rolle der EU als US-Partner widerspiegelt. Zwar liegt es nahe, dass ein einzelnes Land viel seltener bei einzelnen Warengruppen 50 Prozent oder mehr zu den Importen eines Handelspartners beisteuern kann. Dennoch sind einige Zahlen für die Bundesrepublik bemerkenswert:

Bei 466 Warengruppen deckt Deutschland mindestens die Hälfte der US-Importe ab.

Das entspricht zwar nur 4,5 Prozent aller aus der Bundesrepublik eingeführten Warengruppen, der Wert dieser Importe macht aber 11 Prozent aller US-Einfuhren aus Deutschland aus. Mit anderen Worten: Jene deutschen Produkte, die von den Vereinigten Staaten eingeführt werden, dürften dort zuweilen nur schwer ersetzbar sein.

Aus all dem ergeben sich vier Empfehlungen:

Erstens sollte die Bundesregierung eine Taskforce schaffen, die internationale Wertschöpfungsketten systematisch durchleuchtet und kritische Abhängigkeiten identifiziert. Damit lässt sich abschätzen, wo Europa wirklich unverzichtbar ist.

Zweitens gilt es, die neuen Erkenntnisse in künftigen Zollverhandlungen entschlossener einzusetzen. Denn wenn die USA hohe Zölle verhängen, schaden sie der eigenen Industrie ebenso wie europäischen Produzenten. Eine Eskalation im Zollkonflikt, die Trump jederzeit wieder androhen mag, dürften die USA nicht allzu lange durchhalten können.

Drittens muss die europäische Politik den Binnenmarkt stärken: Weniger Bürokratie, weniger Hürden im innereuropäischen Handel und mehr Wettbewerbsfähigkeit erhöhen zugleich die Resilienz.

Viertens braucht es mehr Tempo beim Abschluss neuer Freihandelsabkommen. Das gilt vor allem für Verträge mit großen Schwellenländern – etwa in Südamerika (siehe iwd 22/2024). Aber auch mit Industriestaaten wie Kanada sollte die EU die Partnerschaft ausbauen (siehe iwd 19/2025).

IW-Report 41/2025

Samina Sultan, Jürgen Matthes: Importabhängigkeit der USA von der EU – Eine detaillierte Bestandsaufnahme

Interview. Importe aus Deutschland spielen für die US-Wirtschaft in vielen Warengruppen eine unverzichtbare Rolle. Warum die USA auf deutsche Lieferungen angewiesen sind und welche Rolle die EU dabei spielt, erklärt **Samina Sultan**, Senior Economist für europäische Wirtschaftspolitik und Außenhandel im IW.



Foto: IW Medien

„Die EU ist unsere Versicherung im Handel mit den USA“

Der Wert von Waren, welche die USA 2024 mindestens zur Hälfte aus Deutschland importierten, liegt bei rund 18 Milliarden Dollar. Ist das viel?

Für ein einzelnes mittelgroßes Land ist das nicht unerheblich. China liegt zwar noch deutlich vor uns, aber es zeigt dennoch unsere Stärke als Exportnation.

Die USA beziehen von hier vor allem Maschinen, Fahrzeuge, sowie chemische und pharmazeutische Erzeugnisse wie Düngemittel oder Pharma-Grundstoffe. Vor allem im Maschinenbereich dürften darunter auch einige Vorprodukte sein, die die USA für ihre eigene Produktion brauchen. Fällt die Zulieferung weg, hätte das gravierende Auswirkungen auf die US-Wirtschaft, weil es zu Produktionsstörungen führen könnte.

Welche Branchen in Deutschland profitieren am meisten vom Export in die USA?

Am meisten profitieren Maschinenbauer, die Automobilindustrie sowie die Chemie- und Pharmabranche. Auf der anderen Seite sind diese Branchen dadurch aber auch am meisten auf den amerikanischen Markt angewiesen. Wer zu sehr auf die USA setzt, wird abhängig. Deshalb bleibt Diversifizierung, also die Belieferung mehrerer Länder neben den USA, besonders wichtig.

Sie plädieren für eine stärkere Rolle des europäischen Binnenmarktes. Worauf kommt es dabei an?

Entscheidend ist, dass die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert, etwa durch den konsequenten Abbau

von Bürokratie, tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse im Binnenmarkt reduziert und gleichzeitig Anreize für Investitionen schafft. Damit sorgt sie für einen starken Binnenmarkt und steigert die Wettbewerbsfähigkeit der Staatengemeinschaft.

Wie kann die deutsche Politik diesen Weg in der Handelspolitik unterstützen?

Deutschland sollte sich in der Handelspolitik innerhalb der EU für ein geeintes Auftreten einsetzen und keine Alleingänge unternehmen. Nur eine starke und koordinierte EU-Handelspolitik schützt unsere Märkte und macht die Position deutscher Exporteure im internationalen Handel belastbarer. Die EU ist etwa auch unsere Versicherung im Handel mit den USA – sie bietet einen stabilen, verlässlichen Rahmen, der einzelne Mitgliedsstaaten vor unvorhersehbaren Handelsrisiken schützt.

Wie wird sich Deutschlands Rolle bei den Importen der USA in Zukunft entwickeln?

Deutschlands Einfuhren werden weiterhin eine signifikante Rolle für die USA spielen. Viel hängt jedoch davon ab, wie stabil das Zollabkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten wirklich ist und wie sich die deutsche Wirtschaftsleistung entwickelt. Überraschungen sind immer möglich – Deutschland und die EU haben es aber selbst in der Hand, ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit ihre Position gegenüber dem amerikanischen Exportmarkt zu stärken.

Deal mit Haken

Außenhandel. Fast zeitgleich zum Zollabkommen mit der EU haben die USA die Liste an Stahl- und Aluminiumprodukten, auf die Strafzölle entfallen, erweitert. Das trifft viele Kernbereiche der europäischen Industrie – schadet aber auch den Amerikanern selbst.

Ende Juli haben sich die EU und die USA auf ein Zollabkommen geeinigt, künftig wollen die Amerikaner auf die meisten Importe aus der EU einen maximalen Zollsatz von 15 Prozent erheben. Doch ein entscheidender Bereich blieb außen vor: Für viele Stahl- und Aluminiumprodukte gilt weiterhin ein Strafzoll von 50 Prozent.

Die EU setzt darauf, diesen Punkt in weiteren Gesprächen über Zollquoten neu zu regeln. Damit würden die höheren Zölle nur auf US-Importe erhoben, die über die Mengen der vergangenen Jahre hinausgehen. Ein Entgegenkommen aus Washington ist jedoch nicht in Sicht – im Gegenteil: Anfang August hat die US-Regierung die Liste an Waren, auf die

Stahl- und Aluminiumzölle entfallen, erweitert.

Darunter ist zwar eine Reihe von Produkten aus dem Lebensmittel- und Chemiebereich, bei denen nur der Wert an Metall in den Verpackungen betroffen ist und die zusätzliche Zollbelastung somit entsprechend gering ausfällt. Die höheren Zölle treffen aber auch viele Waren aus Kernbereichen der Industrie, bei denen Stahl und Aluminium wichtige Bestandteile ausmachen. Hier ist das Exportvolumen der EU in die USA recht hoch: Im Jahr 2024 betrug der Wert dieser von der EU in die USA exportierten Stahl- und Aluminiumprodukte rund 35 Milliarden Dollar – das waren 5,7 Prozent aller EU-Exporte dorthin. 34 Milliarden Dollar

davon entfielen auf die drei Warengruppen Elektronik, Straßenfahrzeuge und Maschinenbau.

Innerhalb der EU ist die deutsche Industrie überdurchschnittlich von dem höheren Zoll auf diese Waren betroffen. Sie machten mit rund 14,4 Milliarden Dollar fast 9 Prozent der gesamten deutschen Exporte in die USA aus.

Mit ihrem Vorgehen schadet sich die USA allerdings auch selbst. Schließlich besteht bei vielen dieser Waren eine recht große Importabhängigkeit von der EU (Grafik):

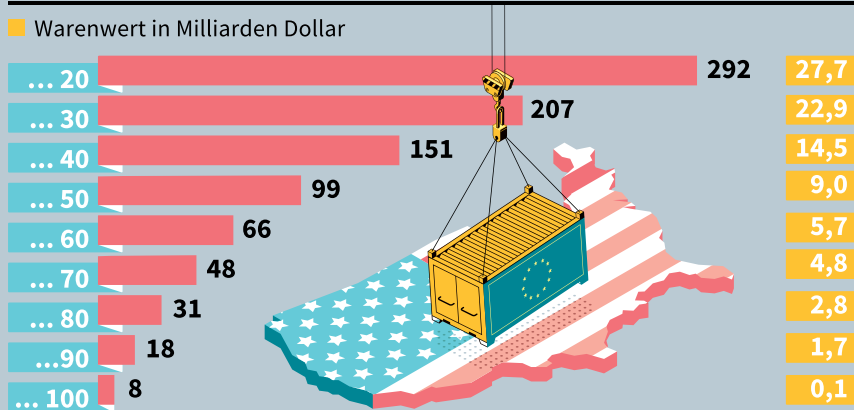
Bei 99 der neu von den Zöllen betroffenen Produkte bezogen die USA 2024 mindestens 50 Prozent ihrer Importe aus der EU.

Damit lagen Einfuhren in Höhe von rund 9 Milliarden Dollar über der 50-Prozent-Schwelle.

Hinzu kommt: 45 dieser Waren, die 2024 zusammen auf einen Importwert von 6,4 Milliarden Dollar kamen, machten in den vergangenen fünf Jahren durchgehend mehr als 50 Prozent der entsprechenden US-Importe aus. Das spricht dafür, dass diese Produkte für die USA nur schwer zu substituieren sein dürften. Die europäischen Unternehmen könnten demzufolge die zusätzliche Zollbelastung über Preiserhöhungen größtenteils an die amerikanischen Käufer weitergeben.

Stahl- und Aluminiumprodukte: USA abhängig von EU

Bei so vielen Waren, die Stahl und Aluminium als wichtige Bestandteile haben und seit August 2025 neu von den amerikanischen Stahl- und Aluminiumzöllen in Höhe von 50 Prozent betroffen sind, betrug der Anteil der Importe aus der EU im Jahr 2024 an allen Einfuhren der USA mindestens ... Prozent



Quellen: U.S. Department of Commerce, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 82/2025

Samina Sultan, Jürgen Matthes: Neue US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte – Schlimmer als gedacht

Sinneswandel vor der Fleischtheke

Konsum. Viele Verbraucher wollen, dass Fleischvieh artgerecht gehalten und gefüttert wird. Ein Großteil der jüngeren Generationen befürwortet für solche nachhaltigen Produkte auch einen höheren Preis. In der Praxis kaufen die meisten jedoch konventionell hergestellte Bratwürste und Schnitzel.

Nahezu die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland – 46 Prozent – befürwortet höhere Fleischpreise, um die ökologischen Kosten der Produktion zu berücksichtigen. Die Förderung einer nachhaltigen und artgerechten Tierhaltung ist allerdings in den Generationen unterschiedlich ausgeprägt. Die höchste Zahlungsbereitschaft hat laut einer IW-Befragung die Gen Z (Grafik):

Rund 57 Prozent der ab 1997 Geborenen wären bereit, mehr Geld für Fleisch auszugeben, wenn die ökologischen Kosten eingepreist sind.

Dies gilt jedoch nur für 40 Prozent der Babyboomer. Unter ihnen finden sich zudem die meisten Gegenstimmen: 39 Prozent lehnen höhere Fleischpreise aufgrund höherer Standards ab. In der Gen Z tut dies nur rund jeder Fünfte.

In der echten Welt – also quasi vor der Fleischtheke – verhalten sich die Verbraucher allerdings ganz anders als in Befragungen. Dieses Auseinanderklaffen zwischen umwelt- oder gesundheitsbewussten Einstellungen und dem tatsächlichen Verhalten nennt sich Mind-Behavior-Gap und zeigt sich konkret am Marktanteil von Biofleisch in Deutschland: Der beträgt nämlich vor allem aufgrund der deutlich höheren Preise gegenüber konventionell produziertem Fleisch gerade mal 4 Prozent und nicht 46 Prozent. Diese Diskrepanz verdeutlicht, dass gute Absichten an Faktoren wie begrenztem Budget, Bequemlichkeit, mangelnder Verfügbarkeit an Alternativprodukten oder Gewohnheiten im Alltag scheitern.

Mit welchen Maßnahmen lässt sich nun nachhaltiger Fleischkonsum fördern, ohne die individuelle Verantwortung oder Marktmechanismen zu untergraben? Dazu zählen Investitionsanreize für tierwohlgerichtete Betriebe sowie innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für alternative, nachhaltigere Fleischprodukte. Den Markt ergänzend stärken kann Verbraucherbildung: Klare und verständliche Herkunfts- und Tierwohlkennzeichnungen, wie sie einige freiwillige private Siegel und Labels bereits bieten, erleichtern es den Konsumenten, sich zu informieren und dann bewusste Entscheidungen zu treffen.

Auch „grüne Nudges“ – also sanfte Anstöße zur Verhaltensänderung – können dazu beitragen, nachhaltigen

Fleischpreise: So zahlungsbereit sind die unterschiedlichen Generationen

So viel Prozent dieser Generationen befürworten Preisanstiege bei Fleisch, um die ökologischen Kosten zu berücksichtigen

	Voll und ganz/ eher ja	Teils, teils	Überhaupt nicht/ eher nein
Generation Z (ab 1997 geboren)	57,3	21,3	21,3
Millennials (1983 bis 1996 geboren)	50,8	22,6	26,5
Generation X (1965 bis 1982 geboren)	43,4	19,0	37,5
Babyboomer (1955 bis 1964 geboren)	40,2	20,7	39,1
Stille Generation (vor 1955 geboren)	43,5	22,8	33,7

Befragung von 3.267 Personen ab 18 Jahren in Deutschland im Dezember 2024
im Rahmen der IW-Personenbefragung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

gen Konsum zu fördern. So kann sich etwa die sichtbare Platzierung von Bioprodukten in Supermärkten, Restaurants oder Kantinen als wirksamer Impuls erweisen, bisherige Kaufgewohnheiten zu hinterfragen. CO₂-Ampeln in Supermarkt-Apps oder Online-Shops, die die Klimawirkung eines Einkaufs aufzeigen, könnten zudem vor allem umweltbewussteren und jüngeren Kunden zusätzliche Orientierung bieten.

IW-Kurzbericht 67/2025

Adriana Neligan, Jennifer Potthoff: Zwischen Schnitzel und Gewissen – eine Generationenfrage?

Vom Ausland lernen

INSM-Bildungsmonitor. Die Qualität der Bildungsergebnisse in Deutschland hat sich seit 2013 im Durchschnitt verschlechtert. Um der größeren Heterogenität der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden, braucht es neue Ansätze in der Bildungspolitik.

Dass Kinder und Jugendliche bestmöglich gefördert und ausgebildet werden sollten, ist eigentlich selbstverständlich. Umso mehr gilt dies für ein Land wie Deutschland, in dem aufgrund des demografischen

Wandels künftig weniger Menschen einer Erwerbstätigkeit nachgehen werden als heute. Doch die Bildungseinrichtungen fördern die Potenziale des Nachwuchses hierzulande nicht ausreichend, wie die Ergebnisse des

vom IW erstellten INSM-Bildungsmonitors 2025 zeigen:

Der bundesweite Durchschnittswert der 13 untersuchten Handlungsfelder ist im Vergleich zum INSM-Bildungsmonitor 2013 gesunken.

Am meisten verschlechtert hat sich mit einem Rückgang von fast 44 Punkten die Integration, also die Fähigkeit des Bildungssystems, Kompetenzen und Abschlüsse einer Person bestmöglich von ihrer Herkunft zu entkoppeln. Auch die Schulqualität (minus 28,2 Punkte) und die Bekämpfung von Bildungsarmut (minus 26 Punkte) haben sich seit 2013 bundesweit negativ entwickelt.

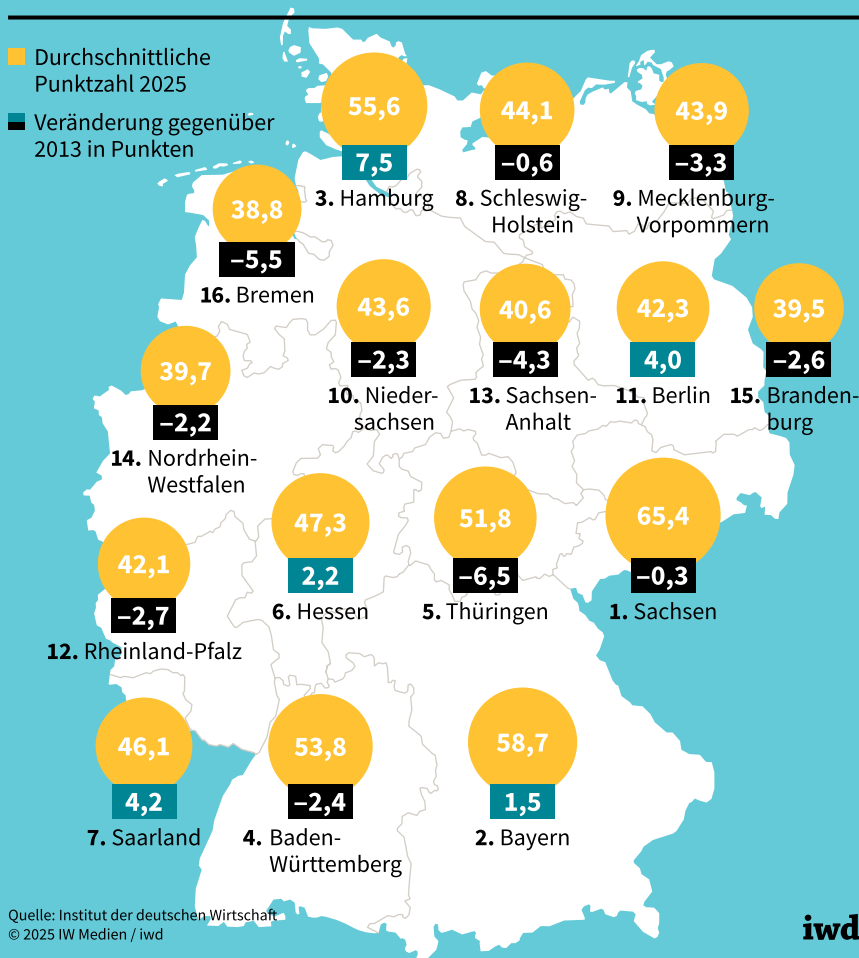
Trotz des insgesamt schlechteren Durchschnittswerts gibt es aber auch einige Bereiche im Bildungssystem, die sich seit 2013 verbessert haben: Die Internationalisierung – hierzu zählt etwa der Fremdsprachenunterricht, aber auch der Anteil der Bildungsausländer an den Hochschulen – konnte um 34,1 Punkte zulegen, die Förderinfrastruktur um 18,3 Punkte und die Betreuungsbedingungen in den Kitas und Schulen um 18,2 Punkte.

Doch wie sieht es konkret vor Ort aus? Schließlich ist die schulische und überwiegend auch hochschulische Bildung Ländersache. Ein Blick auf die 16 Bundesländer zeigt (Grafik):

Sachsen schneidet in den meisten Handlungsfeldern sehr gut ab und ist 2025 – wie in den Jahren






INSM-Bildungsmonitor: Nur wenige Bundesländer mit positiver Bilanz

Der Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 98 Einzelindikatoren in 13 Handlungsfeldern. Das Land, welches im Jahr 2013 bei einem Indikator den schlechtesten Wert erzielt hat, bekam 0 Punkte und das Land mit dem besten Ergebnis 100 Punkte. Seither werden die Punkte basierend auf diesen Ausgangswerten fortgeschrieben.



Schulleistungsüberprüfungen: In Deutschland folgt daraus recht wenig

So viel Prozent der 15-Jährigen besuchten im Jahr 2022 Schulen, in denen die Ergebnisse aus standardisierten Tests für diese Zwecke verwendet wurden

	 Deutschland	 Dänemark	 Kanada	 Vereinigtes Königreich	 Schweden	OECD-Durchschnitt
Vergleich mit anderen Schulen	28,4	55,0	64,4	71,1	79,6	66,3
Anpassung des Unterrichts an die Bedürfnisse der Schüler	16,4	80,4	36,3	72,7	58,0	59,1
Identifikation von Aspekten des Unterrichts oder des Lehrplans, die verbessert werden könnten	19,4	60,7	54,1	75,6	72,4	66,8
Beurteilung der Effektivität von Lehrkräften	5,2	18,0	16,8	50,8	30,1	35,9
Beurteilung des schulischen Fortschritts von Jahr zu Jahr	28,4	78,9	69,6	82,2	90,7	76,3
Vergleich der Leistung der Schulen innerhalb eines Bezirks oder Landes	42,8	67,4	73,1	80,3	94,7	76,5
Gruppierung von Schülern zu Unterrichtszwecken	7,0	43,3	19,9	64,9	8,3	38,6
Entscheidung über den Verbleib oder die Beförderung eines Schülers	7,5	20,9	30,6	43,7	15,3	31,3
Information der Eltern oder der Erziehungsberechtigten über die Fortschritte ihres Kindes	25,8	84,6	54,1	68,0	65,8	67,3
Steuerung des Lernprozesses der Schüler	23,2	85,3	46,6	68,4	73,9	67,7

Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

zuvor – mit rund 65 Punkten Sieger im INSM-Bildungsmonitor.

Sachsens besondere Stärken sind die Schulqualität, die Forschungsorientierung, die Vermeidung von Bildungsarmut sowie die Förderinfrastruktur, zu der Investitionen in die frühkindliche Bildung und viele Ganztagsangebote an Schulen zählen. Gleichwohl gibt es auch hier noch Verbesserungsbedarf – etwa bei der Zeiteffizienz, der Digitalisierung und den Betreuungsrelationen, vor allem in den Kindertagesstätten.

Den zweiten Platz im Ranking erreicht Bayern. Der Freistaat schneidet in mehreren Handlungsfeldern überdurchschnittlich gut ab, darunter in der Förderung der beruflichen Bildung, der Vermeidung von Bildungsarmut, der Schulqualität und der Internationalisierung. Nachbessern muss Bayern insbesondere bei der Förderinfrastruktur.

Den dritten Platz im INSM-Bildungsmonitor 2025 belegt Hamburg, das besonders gut bei der Internationalisierung und den Betreuungsbedingungen abschneidet. In Sachen

Schulqualität und Vermeidung von Bildungsarmut hat die Hansestadt allerdings noch Aufholbedarf.

Da die bisherigen Anstrengungen im Bildungssystem offenbar nicht ausreichen, um der heterogener gewordenen Schülerschaft gerecht zu werden sowie die Folgen der Schulschließungen während der Coronapandemie zu bewältigen, muss die Bildungspolitik neue Wege beschreiten, um die Qualität in den Schulen zu steigern. In Dänemark, dem Vereinigten Königreich, Schweden und Kanada etwa erzielen die Schülerinnen und Schüler bessere PISA-Ergebnisse als in Deutschland oder weisen einen geringeren Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg auf, obwohl es sich bei allen vier Staaten ebenfalls um Einwanderungsländer handelt.

Ein Erklärungsansatz für das erfolgreichere Bildungssystem dieser Länder ist, dass sie den Schulen mehr Autonomie verleihen und regelmäßig Vergleichsarbeiten durchführen. In Schweden beispielsweise finden für alle 15-jährigen

Schüler mindestens einmal im Jahr standardisierte Tests statt, in Deutschland nur für 60 Prozent der Jugendlichen. Zudem leiten sich aus den hiesigen Testresultaten zu wenig Maßnahmen ab (Grafik):

In der Bundesrepublik führen die Ergebnisse aus standardisierten Tests seltener zu Qualitätsverbesserungen an den Schulen als in den vier Vergleichsländern und als in den OECD-Ländern insgesamt.

Dabei hätten die Bildungsverantwortlichen eine breite Mehrheit der Eltern für genau solch ein Vorgehen hinter sich: Die aktuelle IW-Personenbefragung zeigt, dass jeweils etwa zwei Drittel der Personen mit einem Schulkind im Haushalt dafür sind, den Schulen in Deutschland mehr Gestaltungsfreiheit einzuräumen sowie Vergleichsarbeiten durchzuführen, um die Unterrichtsqualität zu verbessern.

Gutachten

Christina Anger, Julia Betz, Axel Plünnecke:
INSM-Bildungsmonitor 2025 – Mehr Empirieorientierung an den Schulen für mehr Qualität

Ausgebremst, nicht überholt

Automobilbranche. Die Automobilindustrie am Standort Deutschland kämpft seit einigen Jahren mit rückläufigen Produktionszahlen. Das ist aber keine hausgemachte Krise – im Vergleich mit anderen europäischen Nationen schlägt sich die Bundesrepublik sogar recht gut.

Die deutsche Automobilindustrie steht unter Druck, die Umstellung auf alternative Antriebe sowie eine fortschreitende Deglobalisierung stellen die Hersteller vor große Herausforderungen. Doch entgegen der hierzulande verbreiteten Wahrnehmung kann von einer spezifisch deutschen Krise keine Rede sein. Vielmehr hat die gesamte europäische Autoindustrie an Gewicht verloren (Grafik):

Im Jahr 2024 produzierten die Autobauer in der EU und dem Vereinigten Königreich insgesamt rund 12,5 Millionen Pkw – fast vier Millionen weniger als 2015.

Anders ausgedrückt: Die Produktion ist innerhalb von knapp zehn Jahren um fast ein Viertel gesunken.

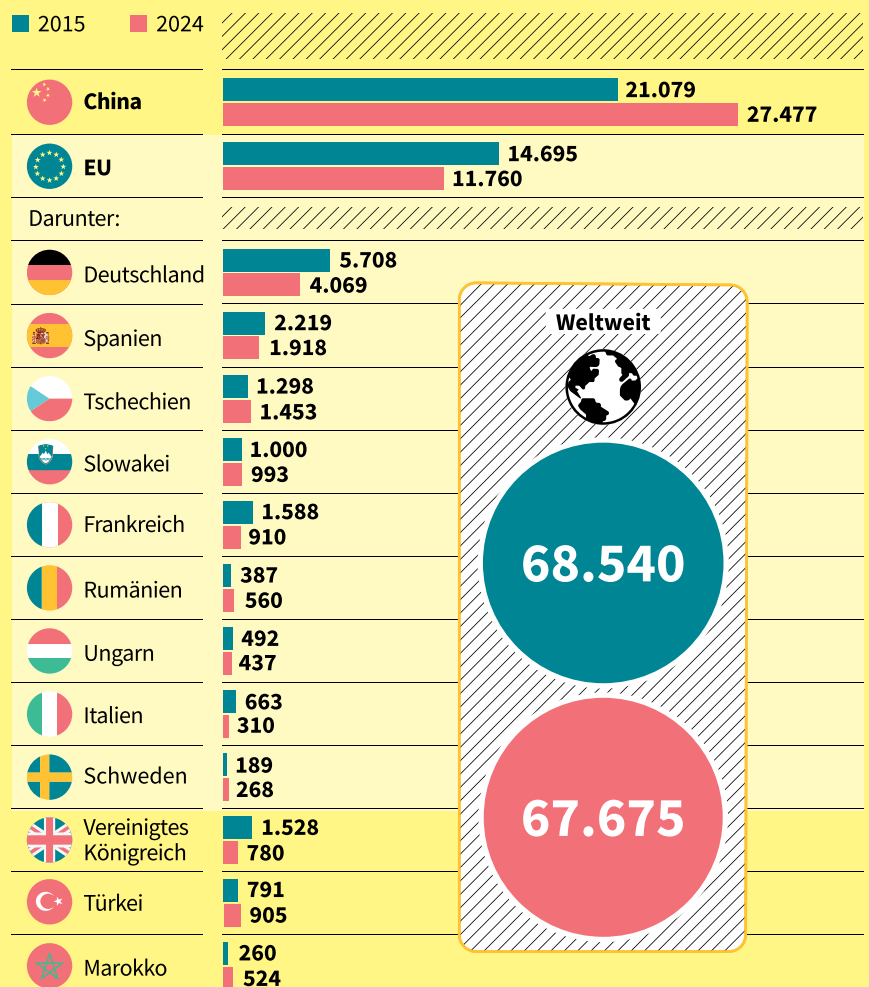
Die Folge: Der Anteil Europas – Russland und die Türkei nicht mit eingerechnet – an der weltweiten Pkw-Produktion hat sich von 36 Prozent im Jahr 2000 auf 18,5 Prozent im Jahr 2024 fast halbiert, der Schwerpunkt der globalen Autoindustrie liegt inzwischen in Asien. Treiber dieser Entwicklung war China, das im vergangenen Jahr mehr als doppelt so viele Pkw produzierte wie alle EU-Mitgliedsstaaten und das Vereinigte Königreich zusammen.

Doch auch innerhalb von Europa haben sich die Kfz-Produzenten umorientiert – weg von alteingesessenen westeuropäischen Standorten wie Frankreich, dem Vereinigten Königreich oder Italien hin zu

billigeren Produktionsstätten in Osteuropa wie zum Beispiel Tschechien, das sich mittlerweile zum

Automobilindustrie: Europa verliert an Boden

Produzierte Pkw in 1.000



Quelle: Internationale Automobilherstellervereinigung
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

drittgrößten Herstellungsland in Europa gemauert hat. Diese Bewegung ist allerdings seit einigen Jahren ins Stocken geraten, vor allem die Kleinwagenproduzenten für den europäischen Markt siedeln sich zunehmend in Ländern außerhalb der EU an – beispielsweise in der Türkei oder Marokko.

Bei all dem gilt es allerdings festzuhalten:

Der mit Abstand größte Produktionsstandort in Europa ist nach wie vor Deutschland.

Zwar produzierten die Fabriken hierzulande im Jahr 2024 mit rund vier Millionen Pkw rund 29 Prozent weniger als noch 2015, waren damit aber trotzdem für fast ein Drittel des gesamteuropäischen Outputs verantwortlich – dieser Anteil hat sich in den vergangenen zehn Jahren kaum verändert.

Andere etablierte europäische Produktionsstandorte sind dagegen weit stärker unter Druck geraten. Und im Gegensatz zu Deutschland ist die Krise in vielen Ländern keineswegs erst seit rund einem Jahrzehnt zu beobachten, sondern schreitet schon seit der Jahrtausendwende voran (Grafik):

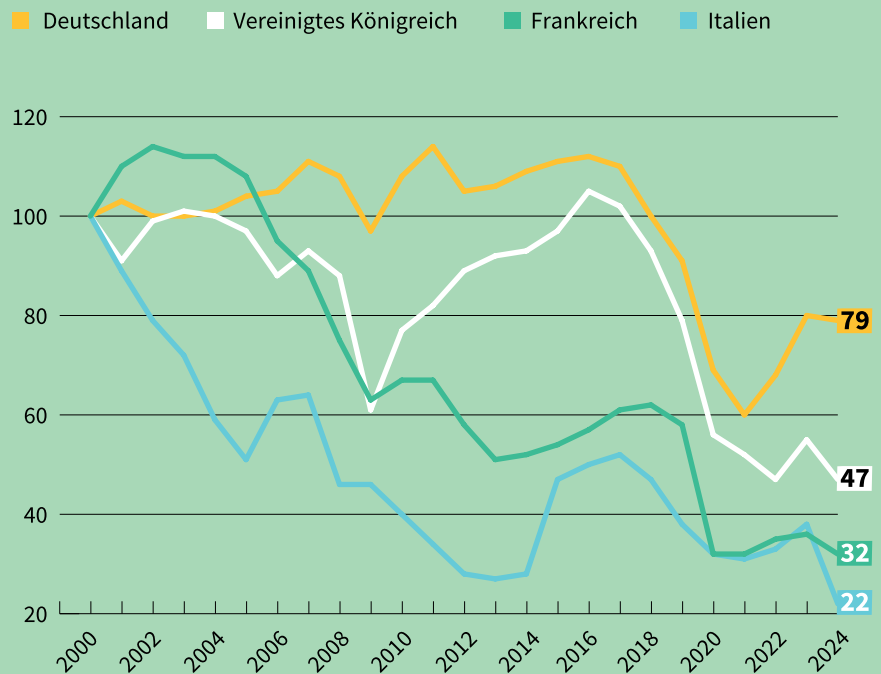
Seit dem Jahr 2000 ist die Kfz-Produktion im Vereinigten Königreich um 53 Prozent zurückgegangen, in Frankreich sogar um 68 Prozent.

Besonders dramatisch ist die Situation in Italien: Dort brach die Produktion in den vergangenen 24 Jahren um 78 Prozent ein, 2024 rollten am Mittelmeer nur noch rund 310.000 Fahrzeuge vom Band – bei theoretischen Kapazitäten von rund 1,2 Millionen.

Der innereuropäische Vergleich der Automobilproduktion zeigt, dass der Standort Deutschland sich nicht nur besser halten konnte als die Konkurrenz, sondern es bislang auch eher geschafft hat, Produktionsver-

Europäische Autofertigung bricht ein

Zahl der produzierten Pkw, Jahr 2000 = 100



Quelle: Internationale Automobilherstellervereinigung
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

luste in Absatzkrisen wieder wettzumachen.

Die höhere Resilienz ist dabei vor allem auf das besondere Geschäftsmodell der deutschen Hersteller zurückzuführen. Rund 30 Prozent der Pkw aus deutscher Produktion gehen in außereuropäische Märkte – möglich ist das nur wegen des hohen Anteils an Fahrzeugen aus dem Premiumsektor. Die Nachfrage nach deutschen Autos aus diesem Segment beschert den Herstellern nicht nur gute Margen, sondern ermöglicht es ihnen auch, große Teile der Produktion in deutschen Fabriken zu belassen und den Weltmarkt zu einem relevanten Teil vom heimischen Standort aus zu beliefern.

Ein Strategiewechsel hin zu einer stärkeren Kleinwagenproduktion würde Deutschland in dieselbe missliche Lage bringen wie seine

europäischen Konkurrenten. Schließlich kommen auf dem ohnehin eher schrumpfenden europäischen Markt für dieses Segment zunehmend chinesische Wettbewerber hinzu, die in Europa Fabriken bauen.

Entscheidend für die Zukunft des Standorts wird daher sein, die Dominanz im Segment hochwertiger und -preisiger Modelle zu verteidigen. Das wiederum funktioniert nur, wenn die Politik die Unternehmen beim technologischen Wandel hin zur E-Mobilität unterstützt. Die hiesige Automobilindustrie ist hinsichtlich der Anpassung an den Trend zum elektrifizierten Antriebsstrang im europäischen Vergleich am weitesten, aktuell ist Deutschland hinter China weltweit der zweitgrößte Produktionsstandort für E-Autos. Darauf gilt es aufzubauen.

Unter Druck

Arbeitsklima. Wenn sich die wirtschaftliche Lage eines Unternehmens verschlechtert, wirkt sich das offenbar auch auf die Zusammenarbeit der Beschäftigten aus. Vor allem das Miteinander zwischen der Belegschaft und den Führungskräften wird in Krisenzeiten auf die Probe gestellt.

Die anhaltende Schwächephase der deutschen Wirtschaft schlägt sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder – im August 2025 überstieg die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit zehn Jahren wieder die Drei-Millionen-Marke. Die meisten Beschäftigten sorgen sich zwar nicht unmittelbar um ihren Job, spüren aber die Krise, weil beispielsweise erfolgsabhängige Vergütungen wegfallen oder der Arbeitsdruck steigt.

Dies bleibt nicht ohne Folgen für das Klima im Unternehmen, wie das IW im Rahmen seiner Beschäftigtenbefragung im Frühjahr 2025 herausgefunden hat (Grafik):

Während die Mitarbeiter von Unternehmen, die wirtschaftlich gut dastehen, das Klima an ihrem Arbeitsplatz im Schnitt mit der Note 2,6 bewerten, vergeben Beschäftigte von Firmen im Krisenmodus nur eine 3,0.

Lediglich gut ein Drittel der Belegschaft in krisengeplagten Unternehmen empfindet das Arbeitsklima als gut oder sehr gut – gegenüber mehr als der Hälfte in Firmen, deren Geschäfte rundlaufen.

Vor allem die Zusammenarbeit mit der jeweiligen Führungskraft leidet, wenn ein Betrieb in der Krise steckt – rund 16 Prozent der Beschäf-

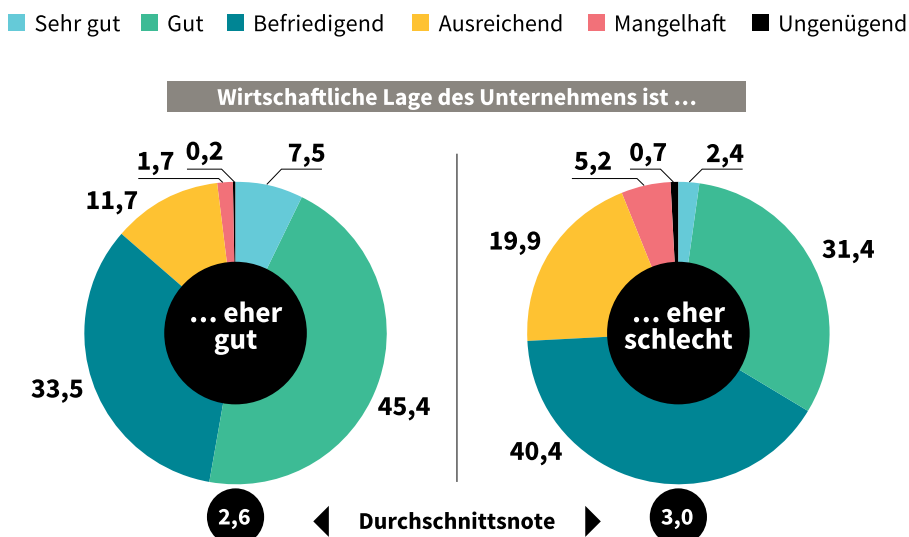
tigten dieser Firmen bewerten die Kooperation mit ihrem Vorgesetzten als mangelhaft oder ungenügend. In wirtschaftlich gut aufgestellten Betrieben ist der Anteil mit 7,5 Prozent weniger als halb so hoch. Ein Grund für diesen Unterschied könnte sein, dass Führungskräfte ihren Fokus in Krisenzeiten stärker auf Kostenmanagement und die Kontrolle von Erfolgskennzahlen legen, während Fragen der Personalentwicklung oder das mitarbeiterorientierte Führen in den Hintergrund rücken.

Allerdings wird auch der Ton unter Kollegen gleicher Hierarchieebenen in Krisenphasen offenbar rauer. Zwar geben immer noch fast sechs von zehn Beschäftigten in den betreffenden Unternehmen diesem Aspekt des Arbeitsklimas die Note „gut“ oder „sehr gut“ – in florierenden Firmen sind es jedoch mehr als sieben von zehn Mitarbeitern. Möglicherweise treten Interessenkonflikte und interne Verteilungskämpfe eher zutage, wenn gemeinsame Erfolge ausbleiben.

Unterm Strich ist das Arbeitsklima aber auch in von der Konjunkturlaute betroffenen Firmen recht positiv. Krisen können die Beschäftigten sogar stärker zusammenrücken lassen – was wiederum den Unternehmen hilft, die schlechten Zeiten durchzustehen.

Krise trübt das Klima am Arbeitsplatz

So viel Prozent der Beschäftigten in Deutschland bewerten das Arbeitsklima in ihrem Unternehmen mit dieser Schulnote



Befragung von 4.977 sozialversicherungspflichtig oder geringfügig Beschäftigten vom 20.5. bis 2.6.2025 im Rahmen der IW-Beschäftigtenbefragung
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Findige Frauen

Patente. Freie Erfinder verlieren in der deutschen Innovationslandschaft zunehmend an Bedeutung. Dass ihre Rolle nicht noch kleiner ausfällt, ist dem steigenden Frauenanteil unter ihnen zu verdanken.

Was haben der Klettverschluss, Spreizdübel und Schraubstollen für Fußballschuhe gemeinsam? Sie alle sind Innovationen von freien Erfindern. Das sind Privatpersonen, die in Eigenregie und nicht in einem Anstellungsverhältnis Neues entwickeln und gegebenenfalls Patente anmelden.

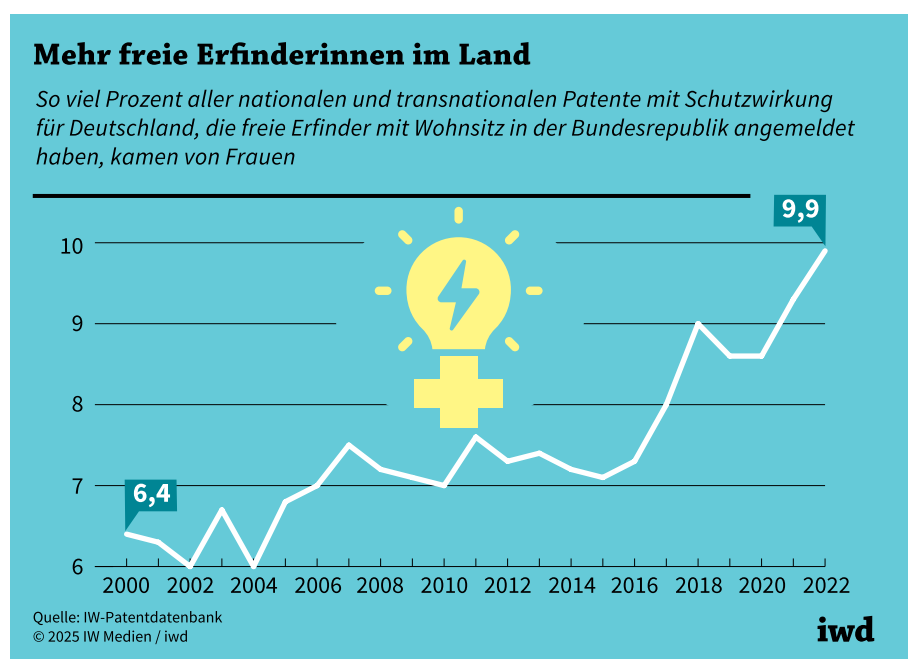
Allerdings bringen diese Garagentüftler seit Jahren immer weniger Innovationen hervor:

Die Zahl der Patentanmeldungen freier Erfinder mit Wohnsitz in Deutschland ist zwischen 2000 und 2022 um drei Viertel gesunken.

Zur Jahrtausendwende entfiel rund jede fünfte Patentanmeldung aus Deutschland auf solche Privatpersonen, 2022 war es nur noch knapp jede zwanzigste.

Diese Entwicklung wird sich in Zukunft kaum umkehren. Der Grund: Der technologische Fortschritt macht es für Einzelpersonen immer schwieriger, etwas wirklich Neues zu erfinden. Die Komplexität der Innovationen heutzutage ist in der Regel so groß, dass sie die Möglichkeiten einer Person allein übersteigt – der Löwenanteil aller Patente in Deutschland kommt deshalb mittlerweile von Unternehmen, Universitäten und Hochschulen, die in eigenen Forschungsabteilungen mit deutlich größeren Teams und viel höheren finanziellen Mitteln arbeiten.

Dass die Patentanteile der freien Erfinder nicht noch stärker zurückgegangen sind, ist den Frauen unter



ihnen zu verdanken. Sie haben seit jeher dazu beigetragen, revolutionäre Ideen jenseits der unternehmerischen Forschungslabors zu verwirklichen und den Menschen den Alltag zu erleichtern – die Funksteuerung für Torpedos, der Kaffeefilter oder der Geschirrspüler sind nur einige Beispiele für den Erfindungsreichtum der Daniela Düsentriebs. In den vergangenen Jahren ist ihr Beitrag sogar deutlich größer geworden (Grafik):

Zwischen 2000 und 2022 ist der Frauenanteil an allen freien Patentanmeldungen in Deutschland von 6,4 auf 9,9 Prozent gestiegen.

Die rückläufige Entwicklung an Erfindungen aus Privathaushalten

können aber auch sie nicht aufhalten. Für all diese Tüftler kommt erschwerend hinzu, dass die öffentliche Hand freie Erfinder immer weniger fördert: Während insbesondere technologische Unternehmensneugründungen und Forschung relativ gute Chancen auf staatliche Zuschüsse haben, geht der Fördergeldbeutel an den Privatpersonen meist vorbei. Dabei wäre es nach wie vor sinnvoll, ihnen durch Förderprogramme wie Erfinderberatungen unter die Arme zu greifen, um ihr Potenzial voll auszuschöpfen.

IW-Kurzbericht 76/2025

Maike Haag, Enno Kohlisch, Oliver Koppel: Der Beitrag freier Erfinderinnen zur Patentaktivität in Deutschland

Breitband bleibt Engpass

Digitale Infrastruktur. Der Anteil jener Haushalte und Unternehmen in Deutschland, die an leistungsstarke Glasfasernetze angeschlossen sind, ist zuletzt deutlich gestiegen. Dennoch berichten viele Firmen von teils erheblichen Problemen mit der Kommunikations-Infrastruktur. Die Politik muss mehr tun, damit das Potenzial der Breitbandtechnologie stärker genutzt wird.

Wie erfolgreich Unternehmen an einem Standort agieren können, hängt wesentlich von der digitalen Infrastruktur ab. Zu deren zentralen Bestandteilen gehören Breitbandnetze mittels Glasfaserkabel. Sind diese nicht ausreichend ausgebaut oder funktionieren sie nicht zuverlässig, können Firmen datenintensive Anwendungen nicht im notwendigen Maße nutzen – beispielsweise Cloud Services, Tools der künstlichen Intelligenz oder digitale Zwillinge, also exakte virtuelle Abbildungen von Produkten oder Systemen über deren gesamten Lebenszyklus.

Zuletzt lag Deutschland in Sachen Glasfaserabdeckung im europäischen Vergleich weit zurück:

Im Jahr 2024 waren laut EU-Kommission erst 37 Prozent der Haushalte und Unternehmen in Deutschland ans Glasfasernetz angeschlossen – das war der zweitniedrigste Wert aller 27 EU-Länder.

Elf Mitgliedsstaaten der EU – von Schweden im Norden bis Zypern im Süden – erreichten zu diesem Zeitpunkt bereits eine Abdeckung von mehr als 80 Prozent.

Immerhin zeigt die massive Förderung des Glasfaserausbaus durch die Bundesregierung inzwischen ihre Wirkung – Mitte 2025 konnten zumindest 53 Prozent der Haushalte, Unternehmen und

öffentlichen Einrichtungen hierzulande prinzipiell Glasfaseranschlüsse nutzen. Bis 2030 strebt die Bundesregierung eine flächendeckende Versorgung an.

Ein näherer Blick auf die aktuellen Ausbauquoten legt allerdings deutliche regionale Unterschiede offen. Der Anteil der ans Glasfasernetz angeschlossenen Verbraucher betrug Mitte 2025 in Schleswig-Holstein knapp 93 Prozent und in Hamburg rund 91 Prozent – dort war Glasfaser also bereits fast flächendeckend verfügbar. Im Saarland (24 Prozent), Baden-Württemberg (33 Prozent) und Thüringen (41 Prozent) war die Versorgung von diesem Ziel dagegen noch weit entfernt.

Eine Befragung im Rahmen des IW-Zukunftspanels zeigt nun, dass trotz der Fortschritte beim Glasfaserausbau viele Unternehmen mit der Kommunikations-Infrastruktur hierzulande hadern:

Im Frühjahr 2025 sagten nahezu zwei Drittel der Unternehmen, sie würden in ihren Geschäftsabläufen regelmäßig durch die unzureichende Breitbandversorgung und ähnliche Probleme gestört – knapp ein Drittel aller Firmen berichtete sogar von erheblichen Beeinträchtigungen.

Besonders häufig meldeten dabei die Unternehmen in jenen Regionen deutliche Schwierigkeiten, in denen

der Ausbau des Glasfasernetzes am wenigsten vorangeschritten ist – und umgekehrt (Grafik):

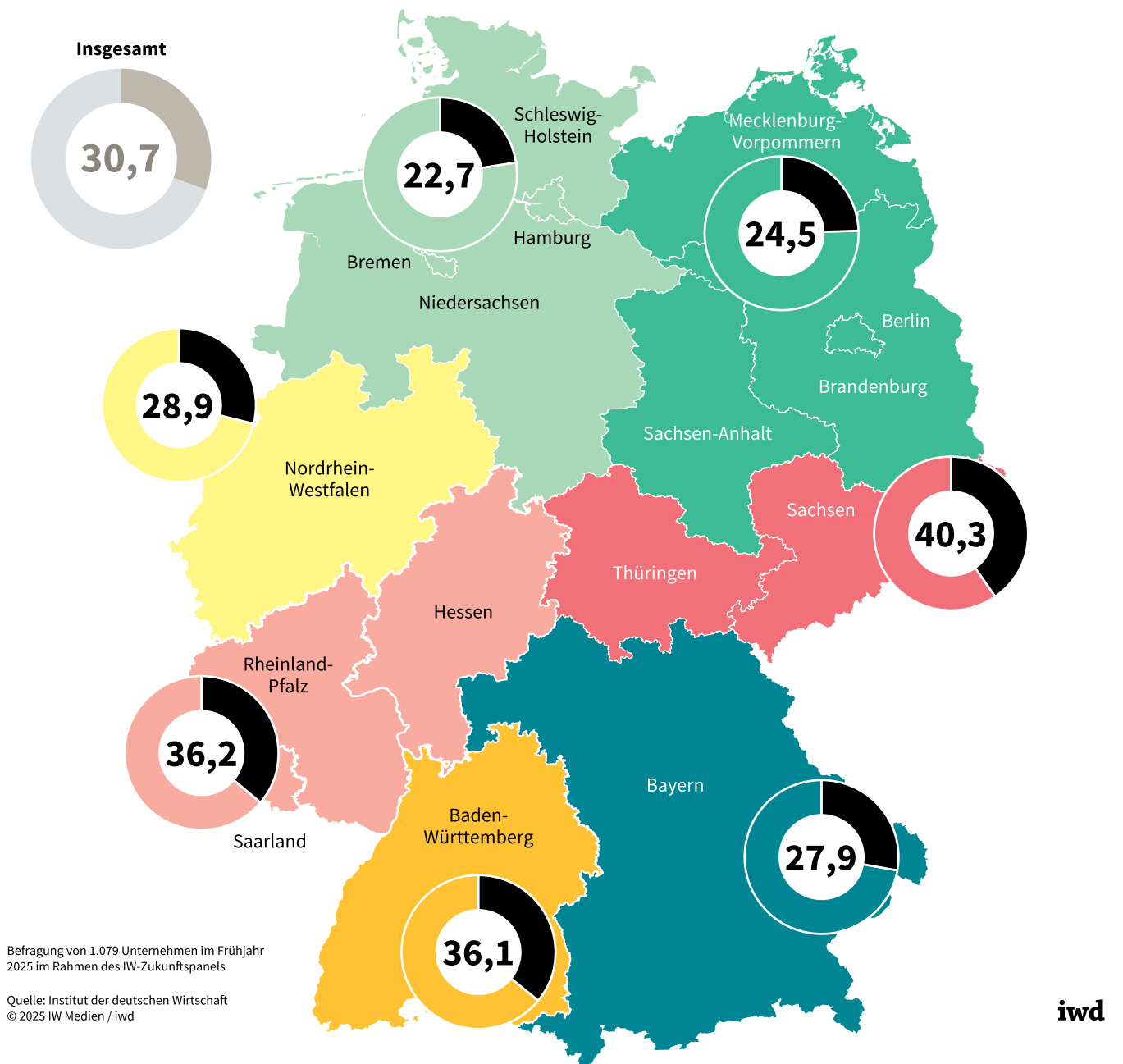
In Sachsen und Thüringen sahen sich im Frühjahr 2025 im Schnitt mehr als 40 Prozent der Unternehmen durch Probleme mit den Kommunikationsnetzen erheblich beeinträchtigt – im Norden der Republik lag dieser Anteil unter 25 Prozent.

Generell zeigen die Umfrageergebnisse, dass ein verfügbarer Glasfaseranschluss zwar eine notwendige Voraussetzung für reibungslose Kommunikationsverbindungen ist, die Vorteile aber erst durch die wirkliche Nutzung zum Tragen kommen. Und jüngsten Daten zufolge sind bundesweit bislang nur 27 Prozent der verfügbaren Glasfaseranschlüsse tatsächlich aktiviert. Viele Unternehmen nutzen weiterhin VDSL- oder aufgerüstete Kabelanschlüsse, die vor allem mit Blick auf Upload-Geschwindigkeit und -Stabilität schnell an ihre technischen Grenzen kommen. Für den Bandbreitenbedarf neuer digitaler Anwendungen sind die alten Anschlüsse kaum geeignet, was viele Firmen jedoch unterschätzen.

Umso wichtiger ist es, dass die Politik künftig nicht nur den Ausbau des Glasfasernetzes, sondern auch dessen Nutzung konsequent fördert. Die zuständigen staatlichen Einrich-

Kommunikationsnetze: Viele Unternehmen berichten von Problemen

So viel Prozent der Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleister geben an, in ihren Geschäftsabläufen regelmäßig deutlich durch Probleme mit den Kommunikationsnetzen – beispielsweise durch eine unzureichende Breitbandversorgung – beeinträchtigt zu werden



tungen könnten unter anderem Gutscheinmodelle für Unternehmen anbieten und Informationen über Best-Practice-Beispiele zur Verfügung stellen. Aber auch die Unter-

nehmen sind gefordert, ihre IT-Infrastruktur zu modernisieren und den Bedarf an höheren Bandbreiten frühzeitig bei den Netzbetreibern oder Kommunen anzumelden.

IW-Kurzbericht 80/2025

Jan Büchel, Barbara Engels, Edgar Schmitz:
Engpass Breitbandversorgung – Mehr als
60 Prozent der Unternehmen fühlen sich
beeinträchtigt

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwdmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwdmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche

4,78 Milliarden

Passagiere nutzten im Jahr 2024 den weltweiten Flugverkehr. Insgesamt gab es damit 8 Prozent mehr Abflüge von Fluggästen als im Vorjahr und 5 Prozent mehr als 2019, dem letzten Jahr vor dem Corona-bedingten Einbruch – die Flugbranche hat sich also vollends von der Pandemie erholt. Das spiegeln auch die Umsätze wider: Im Jahr 2024 erwirtschaftete der weltweite Passagierflugverkehr mit rund 682 Milliarden Dollar so viel Geld wie nie zuvor, schätzt die International Air Transport Association. Der am stärksten frequentierte Flughafen war im vergangenen Jahr mit 108,1 Millionen Passagieren der Atlanta Airport im US-Bundesstaat Georgia, mit etwas Abstand folgte an zweiter Stelle der Flughafen Dubai International mit 92,3 Millionen. In Deutschland kommt Frankfurt am Main auf die höchsten Passagierzahlen – dort wurden im Jahr 2024 knapp 61,6 Millionen Fluggäste abgefertigt. Damit ist das größte deutsche Drehkreuz im globalen Vergleich knapp aus den Top 20 gerutscht – 2023 stand noch der sechzehnte Rang zu Buche.

Top-Liste: Im Ausland qualifiziert

79.104 Personen erhielten im Jahr 2024 in Deutschland die Anerkennung ihres ausländischen Berufsabschlusses – so viele wie nie zuvor seit Beginn der Erfassung durch das Statistische Bundesamt im Jahr 2016. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl um rund ein Fünftel gestiegen. Die meisten der im Jahr 2024 anerkannten Berufsqualifikationen – gut 9.200 – hatten die Antragsteller in der Türkei erworben, dahinter folgten die Ukraine und Tunesien als Ausbildungsländer mit 6.400 beziehungsweise 5.300 positiven Bescheiden. Am häufigsten erkannten die deutschen Behörden Pflegefachkräfte an – 41 Prozent aller positiven Bescheide entfielen auf diesen Beruf. Mit einigem Abstand auf Platz zwei machten Ärzte rund 14 Prozent aller validierten Abschlüsse aus. Auf den Rängen drei bis fünf folgten Ingenieure (6 Prozent), Lehrer (4 Prozent) und Physiotherapeuten (3 Prozent). Über alle Berufe hinweg stammten rund sechs von zehn der anerkannten Qualifikationen von Frauen.

Anerkannte ausländische Berufsabschlüsse: Die Top Ten

So viele der im Jahr 2024 in Deutschland anerkannten ausländischen Berufsabschlüsse wurden in diesen Ländern erworben

Türkei	9.246
Ukraine	6.393
Tunesien	5.334
Indien	4.872
Syrien	4.314
Bosnien und Herzegowina	4.020
Philippinen	3.630
Iran	3.492
Kosovo	2.928
Serbien	2.025
Insgesamt	79.104



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2025 IW Medien / iwd

iwd